

## **Die Zukunft der Kultur muss nachhaltig sein**

Erklärung des Präsidenten der Kulturpolitischen Gesellschaft Dr. Tobias J. Knoblich

Nach Überzeugung der Kulturpolitischen Gesellschaft meint Kultur auch die Art und Weise, wie Menschen leben wollen und können. In ihrem Grundsatzprogramm heißt es dazu: »Mit einer allein auf monetäres Wachstum orientierten Wirtschafts- und Produktionsweise können die anstehenden Krisen nicht bewältigt werden. (...) Notwendig ist die Transformation hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise.«

Bezugnehmend auf diesen Programmsatz und in Korrespondenz zur Überzeugung, dass Kulturpolitik immer auch Gesellschaftspolitik ist, fordern wir die Kulturpolitiker\*innen des Bundes, der Länder und der Kommunen angesichts der drohenden Klimakatastrophe dazu auf, ihre kulturpolitischen Strategien konsequent an den Kriterien des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit auszurichten! Die Logik des permanenten Wachstums und der Steigerung ist auch im Kulturbereich kritisch zu überprüfen. Dies betrifft die kulturelle Programm- und Infrastrukturpolitik.

Wir wissen, dass die Ursachen der drohenden Klimakatastrophe nicht zuletzt in dem zu hohen Ressourcenverbrauch liegen und dass der Motor dafür die konsumgetriebene kapitalistische Wirtschaftsweise ist. Und wir wissen auch, dass Konsum als Lebensstil nicht zuletzt kulturell geprägt ist. Die mit Milliardenaufwand betriebene Dauerbewerbung erzeugt ein Berechtigungsbewusstsein, sich alle zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Bereicherung des eigenen Lebensstils aneignen und vernutzen zu dürfen. Dieses kulturelle Muster muss in Frage gestellt werden. Notwendig ist nichts weniger als eine grundlegende Veränderung unseres Bewusstseins, um die Voraussetzungen für ein Umsteuern zu schaffen, das von den Klimaforschern gefordert wird.

Notwendig sind jedoch auch konkrete strukturelle Maßnahmen in der Kulturpolitik und den Kulturbetrieben selbst. So sollten Investitionen und Programme im Kulturbereich sich an Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit orientieren und die Kultureinrichtungen und -aktivitäten mit Blick auf ihre Ressourceneffizienz, Klimaschädlichkeit und Resilienz überprüft werden. Die Kommunen und Institutionen, die sich bereits auf diesen Weg gemacht haben oder machen wollen, sollten durch Förderprogramme des Bundes und der Länder unterstützt werden. Studien, Qualifizierungsmaßnahmen und Good-Practice-Dokumentationen könnten diesen Prozess befördern. Vor allem die Bundesregierung ist aufgefordert, ihren klimapolitischen Zielen auch kulturpolitische Taten folgen zu lassen. Die im Koalitionsvertrag versprochene »Agenda für Kultur und Zukunft« sollte im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Strategie als Transformationsagenda konkretisiert werden.

Wir richten unseren Appell jedoch nicht nur an die Kulturpolitik, sondern auch an die Kulturschaffenden und an ihre Einrichtungen und Organisationen. Mit ihrer Überzeugungskraft und ihrem Einspruch wird sich auch im Umweltbewusstsein der Menschen und der Kulturpolitik etwas bewegen lassen. Sie können die Triebkräfte und Mechanismen hinter der Wachstumslogik sichtbar machen und jene Bilder vom nachhaltigen und gelingenden Leben schaffen, die wir jetzt umso mehr benötigen. Die Gesellschaft, vor allem die junge Generation, wartet darauf.

Die Kulturpolitische Gesellschaft wird den Themen Klimawandel und Nachhaltigkeit höchste Priorität einräumen. Kulturpolitik muss in Zukunft auch Klimapolitik sein!

Bonn, 20. November 2019

Dr. Tobias J. Knoblich

Präsident